

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnement kostet bei allen Deutschen Postämtern auf den 1. u. 15. Monat u. auf den 1. Monat besonders angenommen, im Sgr. Sächsen u. Preußen, in Bayern u. Sgr. auf den 1. Monat 4 Sgr., Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 108.

Freitag, 7. November.

1873.

Wo die Arbeiter schweigen, reden die Zahlen.

Es wird den Arbeitern so häufig Maßlosigkeit in ihren Forderungen und Unbescheidenheit in ihrem Auftreten vorgeworfen, und zwar sehr mit Unrecht, denn das Gegentheil ist die Wahrheit. Dem Arbeiter ist von Kindesbeinen an so viel von dem „natürlichen“ Unterschied von Arm und Reich vorgeschwätzt, der Gehorsam und die Unterwürfigkeit gegen jeden, der auf der gesellschaftlichen Stufenleiter über ihm steht, eingebläut worden, daß die allergrößte Mehrzahl leider noch heute in dieser Bedientenstellung eine göttliche Anordnung sieht und sie als etwas Selbstverständliches betrachtet, gegen das sich nicht ankämpfen läßt. Wer unter Arbeitern gelebt hat, weiß, wie wahr das hier Gesagte ist. Wäre es anders, würden die heutigen Zustände bestehen können? Wenn etwas Hoffnung giebt, die Arbeiter aus ihrer Lethargie und ihrem Stumpfsein anfrischen zu können, dann sind es Zahlen, in denen ihnen das Maß ihrer Ausbeutung in unwiderleglicher Weise vor Augen gehalten wird.

In diesen Tagen kam uns die Geschäftsbilanz der Chemnitzer Werkzeugfabrik vor Augen, die vormalig unsern guten Freunde, dem Herrn Commerzienrath J. Zimmermann gehörte.

Dieser hat sie vor 2 Jahren zu einer „Gründung“ verkauft für 2 Millionen Thaler und wurde selbst als leitender Direktor von den Herren Gründern eingesetzt.

Die genannte Fabrik hat in dem einzigen Jahr, vom 1. Juli 1872 bis zum 30. Juni 1873, einen Netto-Gewinn von 358,997 Thlr. 12 Sgr. 5 Pf. gemacht. Diese Deute ist in folgender Weise vertheilt worden: Tantième an den Direktor Herrn Zimmermann 26,924 Thlr. 23 Sgr., 15 Prozent Dividende an die nichtstimmenden Aktionäre 300,000 Thlr., Reservefond 17,949 Thlr., Tantième an den Aufsichtsrath 10,706 Thlr., Saldo auf's neue Geschäftsjahr 3,416 Thlr.

Wir wissen nicht genau, wieviel Arbeiter die Chemnitzer Werkzeugfabrik beschäftigt; nehmen wir dieselbe zu 1500 an, so würde jeder Arbeiter, wenn der Arbeitsertrag ihm statt den Drohnen der Gesellschaft zu Gute käme, 240 Thlr. pro Jahr durchschnittlich mehr verdienen haben. Es würde also ein Arbeiter der Fabrik, der jetzt durchschnittlich 250 Thlr. Lohn erhalten hat, 490 Thlr. erhalten haben. Die Arbeiter würden aber bei einem solchen Geschäft, bei dem sie selbst interessiert sind, viel sparsamer mit dem Material, dem Werkzeug etc. umgegangen sein, es würde ihnen auch nicht einfallen, einen Direktor an die Spitze zu stellen, der für ein Minimum von täglicher Arbeit, neben 26,924 Thlr. Tantième, vornweg 10,000 Thlr. fixen Gehalt bezieht. Was so ein Bourgeois verdienen kann, davon legt uns Herr Commerzienrath Zimmermann ein sprechendes Zeugnis ab. Rechnen wir einmal, Herr Zimmermann hat als „Direktor“ sicher ein sehr bequemes Leben, seine wöchentliche tägliche Arbeit nimmt vielleicht den zehnten Theil der Zeit in Anspruch, welche ein Arbeiter in der unter seiner Leitung stehenden Fabrik abzugeben muß. Vergleichen wir also einmal die Lage des Herrn Direktors mit einem seiner Arbeiter. Herr Zimmermann erhält a) 10,000 Thlr. Gehalt, b) 26,924 Thlr. Tantième als Direktor, c) die 15 Prozent Dividende von mindestens 400,000 Thlr. Aktien, welche ihm, wenn wir nicht ganz irren, bei Verkauf seiner Fabrik zugeschrieben wurden, die 60,000 Thlr. betragen, d) die Zinsen von 1,600,000 Thlr. Rest-Kaufsumme seiner Fabrik, von denen wir annehmen, daß er sie sicher und solid statt in Aktien in 5prozentigen Staatspapieren angelegt hat, diese Zinsen betragen 80,000 Thlr., e) dem sonstigen sehr erheblichen Vermögen des Herrn Zimmermann, das wir aber nicht im Betrage kennen und außer Frage lassen wollen. Die sämtlichen hier aufgeführten Summen ergeben den kolossalen Betrag von 176,924 Thlr. jährlicher Einkünfte, oder nahe an 500 Thlr. täglich.

Ein Arbeiter der Chemnitzer Werkzeugfabrik, der täglich sich 11 Stunden abschindet, und wenn er alt und stumpf geworden ist, wie eine ausgepreßte Citrone bei Seite geworfen wird, verdient durchschnittlich pro Woche vielleicht 5 Thlr., jährlich also 260 Thlr., d. h. das ganze Jahr nur die größere Hälfte von dem, was Herr Zimmermann an einem einzigen Tag einnimmt, und wohlgemerkt, ohne nennenswerthe Arbeit. Der „Entbehrungslohn“ des Herrn Zimmermann umfaßt also die ganze Jahreseinkünfte von 720 Arbeitern der unter seiner Leitung stehenden Fabrik, und wenn wir einen Vergleich mit dem Lohn unserer Weberbevölkerung ziehen wollen, das Jahreseinkommen von 1500 Weberfamilien, also einer Weberbevölkerung von circa 7500 Köpfen.

Bei einer so „gerichten“ und über „alles Lob erhabenen“ Vertheilung der Arbeitserträge des arbeitenden Volks ist nur die Schafsgeduld des letzteren zu bewundern, mit der es sich das Fell über die Ohren ziehen läßt.

Als vor 2 Jahren die Chemnitzer Metallarbeiter einen Streik machten, weil die Fabrikanten eine nur zu gerechtfertigte Lohnhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden nicht bewilligen wollten, war es Herr Zimmermann mit dem großen Wagen, der sich dem am eifrigsten widersetzte und unter Anderm damals die Ernährung abgeben haben soll: „Bei so unverschämten Forderungen der Arbeiter finde er es für angemessener, sich vom Geschäft zurückzuziehen und es an eine Aktiengesellschaft zu verkaufen.“ Einen Theil dieser Drohung hat Herr Zimmermann verwirklicht, und wie die obigen Zahlen beweisen, sehr zu seinem Vortheil, so daß wir annehmen dürfen, Herr Zimmermann würde auch ohne Streik diesen „Rückzug“ angetreten und die Tantièmes und Dividendeneinkünfte vorgezogen haben.

Die Chemnitzer Metallarbeiter sind damals von ihren Forderungen abgestanden und eben nicht sehr heroisch zu Kreuze getreten, wobei wir nicht verschweigen wollen, daß eine erhebliche Minorität den Kampf zum äußersten führen wollte, aber durch die

nachgiebige Majorität zum Kleinergehen gezwungen wurde. Die oben angeführten Zahlen tragen vielleicht dazu bei, den Arbeitern dort wie anderwärts zu zeigen, wie sie die Geprüelten sind und ihre Forderungen recht gut bewilligt werden können, ohne daß Unternehmer, Direktoren und Aktionäre zur Haring- und Kartoffelkost zu greifen brauchen. Aber von selbst fliegen die gebrauchten Tauben nicht in den Mund und kein Pfennig Lohn mehr in denbeutel. Organisation allein kann die Arbeiter retten; begreifen sie das nicht, dann sind sie verloren.

Politische Uebersicht.

— Moderne Folter. Wie die „Germania“ mittheilt, ist der Faktor der „Deutschen Reichszeitung“ nach sechzehnwöchentlicher Haft endlich mit dem Schluß der Untersuchung in Sachen des inkriminirten Artikels, betreffs dessen das Gericht Siegert's Zeugenaussage erzwingen wollte, in Freiheit gesetzt worden. Ob Siegert die gewünschte Aussage schließlich noch gemacht, oder ob er sie bis jetzt verweigert hat, wissen wir noch nicht. Der „Frankfurter Zeitung“ wurde anlässlich dieses Falls (noch ehe Siegert's Freilassung bekannt war) unterm 18. Oktober aus Darmstadt geschrieben:

„Der Faktor der in Bonn erscheinenden „Deutschen Reichszeitung“, Franz Siegert, befindet sich nach neueren Mittheilungen öffentlicher Blätter noch immer, also seit dem 9. Juli d. J., in Zwanghaft, weil er sich weigerte, den Verfasser eines inkriminirten Artikels zu nennen. Die allgemeine Pflicht, vor Gericht Zeugnis abzulegen und auf Erfordern zu beeidigen, ist als eine für das Strafverfahren unentbehrliche, in allen Gesetzgebungen anerkannt, wenn sie auch bezüglich der Folgen einer desfallsigen Weigerung variiert. Der Entwurf der deutschen Strafprozessordnung dreht hierfür Zwanghaft bis zu 6 Monaten, sowie Geldstrafen bis zum Gesamtbetrag von 600 Mark an; ähnlich die Strafprozessordnung vom 25. Juni 1867, welche in den 1866 mit Preußen vereinigten neuen Landestheilen gilt. In die in einigen altpreußischen Provinzen noch gültige Criminalordnung vom 11. Dezember 1805 kennt hierfür Geld- und Gefängnisstrafen ganz allgemein, ohne alle Limitirung. In Rheinpreußen gilt die französische Strafprozessordnung von 1808 (Code d'instruction criminelle); die amtlichen Motive zu dem Entwurf der deutschen Strafprozessordnung stellen es in Folge der Unbestimmtheit des Gesetzes in dieser Beziehung jedoch als freitragend hin, ob nach französischem Rechte gegen einen zwar vor dem Richter erschienenen, aber das Zeugnis verweigenden Zeugen eine Haft verhängt werden könne. Das betreffende Untersuchungsgericht in Bonn hat die Controverse in bejahendem Sinne ausgesprochen. Mit Rücksicht auf die mögliche verschiedene Interpretation des Gesetzes wäre jedoch die Aushebung der jetzt drei ein halb monatlichen Haft Siegert's angezeigt. Im Allgemeinen läßt sich ein Zwang zur Zeugnisabgabe nicht umgehen, wenn nicht das Resultat einer jeden Strafuntersuchung von vorn herein in Frage gestellt werden soll. Aus demselben Grund läßt sich eine Beschränkung dieser Zeugnispflicht auf die Fälle, in welchen die Untersuchung bereits gegen eine bestimmte Person gerichtet ist, legislativ nicht rechtfertigen. Mit Recht heben die allegirten Motive zur deutschen Strafprozessordnung hervor, daß man zur Aufstellung einer solchen mit der Aufgabe der Strafrechtspflege unvereinbaren Forderung wahrscheinlich gar nicht gelangt sein würde, wenn nicht die besondere Natur der Fälle, in denen von Bekleidern oder Herausgebern einer Zeitschrift die Benennung des Verfassers eines für strafbar erachteten Preiserzeugnisses unter Anwendung des Zeugniszwanges gefordert worden, dahin geführt hätte, der an sich lediglich juristischen Frage eine politische Beimischung zu geben und so ihre objektive Beurtheilung zu beeinträchtigen. Zutreffend sei auf dem süßesten deutschen Juristentage bei den Verhandlungen über den Zeugniszwang mit Bezug hierauf gesagt worden: „Die speziellen Verhältnisse der Presse verlangen freilich noch etwas Mehreres. Will man dies Bedürfnis befriedigen, so möge man besondere Anträge für die Verhältnisse der Presse einbringen. Man möge sich aber hüten, Dinge, welche für die Aufrechterhaltung der freien Presse nöthig sind, als allgemeine Bedürfnisse zu bezeichnen.“ In dem Entwurf selbst hat jedoch ein solcher, die Ausnahmeverhältnisse der Presse berücksichtigender besonderer Artikel keine Aufnahme gefunden und hofft man, daß bei den Verhandlungen im Reichstag ein dahin bezüglicher Antrag eingebracht wird.“

Indem wir uns vorbehalten, gelegentlich auf die Frage des Zeugniszwanges zurückzukommen, sei heute nur bemerkt, daß wir dem Verfasser der obigen Korrespondenz keineswegs beistimmen können, wenn er sagt, „im Allgemeinen läßt sich ein Zwang zur Zeugnisabgabe nicht umgehen, wenn nicht das Resultat einer Strafuntersuchung von vornherein in Frage gestellt werden solle.“ Meint der Herr Korrespondent damit, daß das Gericht die Befugnis haben müsse, Jeden als Zeugen vorzufordern und zur Abgabe einer Zeugenaussage anzuhalten, so spricht er einen Satz aus, der hier nicht in Frage kommt. Meint er dagegen, wie aus dem Zusammenhange zu schließen ist, das Gericht müsse das Recht haben, Jedermann zu einer bestimmten Zeugenaussage, zu einer Zeugenaussage im Sinn und nach dem Wunsch des Gerichts zu zwingen, dann proklamirt er eine juristische Nonstrosität. Siegert hat die Zeugenaussage nicht verweigert; er hat sich bloß geweigert, so auszusagen, wie das Gericht es wollte. Und daß er deshalb auf unbestimmte Zeit seiner Freiheit beraubt wurde, konstatirt die Ungehörlichkeit des Verfahrens, dessen Opfer er geworden. Der Korrespondent, offenbar über die Konsequenzen seiner

Aussstellung erschreckend, wünscht Ausnahmebestimmungen zum Schutz der Presse. Was aber den mit der Presse in Verbindung stehenden Personen recht ist, ist dem übrigen Publikum billig. Wir wollen keine Ausnahmebestimmungen für die Presse, so wenig wie Ausnahmebestimmungen gegen die Presse. Recht! Gleiches Recht für Alle! ist unsere Lösung.

— „Harmonie“. Der gute Max Hirsch hat stets das Unglück, daß er auf der zweiten Seite seines Blattes gründlich widerlegt, was er auf der ersten von „Harmonie“ gesagt. Sehr unharmonisch klingt, was er in seinem letzten Blatt aus Plauen schreibt:

„Plauen. Wie niedrig die Arbeitslöhne bei der Weberei und den verwandten Berufszweigen im ganzen Sachsenlande sind, ist ja weltbekannt; man wird daher ermessen können, in welcher Lage sich die hiesigen Arbeiter befinden, die sich größtentheils von Weberei und Spinnerei ernähren. Seit längerer Zeit gehen diese Geschäfte schwach, seit drei Monaten aber ganz schlecht. Es wird sehr wenig gearbeitet, die Arbeitszeit ist bedeutend abgekürzt; und nun kommen gar noch die Bankrotte dazu. In der vergangenen Woche zeigten die Herren Spindler und Quasch ihre Insolvenz an, die bisher gegen 50 Longkinder und 200 Arbeitsmädchen, Stepper u. dergl. beschäftigten, von denen viele ihren letzten Lohn nicht einmal erhielten. Es war gebräuchlich, daß die Arbeiter sich noch Arbeit mit nach Hause nahmen, um nach Feierabend noch etwas zu verdienen. Manche halbe und ganze Nacht ist dabei geopfert worden, um sich etwas zu erküßigen. Viele ließen ihren Ueberdienst in langsam angesammelten Beträgen von 10, 12, 15 Thlrn. als Guthaben im Geschäft stehen. Ob dieselben von ihrem Gelde aus der Concursmasse etwas herausbekommen, ist sehr fraglich, und da möglicherweise noch mehr Bankrotte eintreten können, so ist bei der geringen Nachfrage sehr zu zweifeln, ob diese Arbeiter bald wieder Beschäftigung finden. Aber noch ein anderer Uebelstand tritt in sehr bedauerlicher Weise zu Tage. So lange das Geschäft flott ging, wurden viele Kinder zwischen 6—14 Jahren in den Spinnereifabriken beschäftigt, womit die Eltern eine Erleichterung im Haushalte erzielen wollten, jetzt bei schlechtem Geschäftsgange müssen die Leute froh sein, wenn die Kinder noch Arbeit bekommen und ein paar Groschen verdienen; dadurch werden diese aber zur selbstgeschaffenen Noth ihrer Eltern, da dadurch die Arbeitskräfte bedeutend vermehrt, und der Lohn gedrückt wird.“

Ja, nun liegen die Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße und ihre künftigen Nothpfeunige sind verloren! Wo steht denn da die „Harmonie“? Wir verweisen übrigens ganz besonders darauf, daß auch der Freund der heutigen Produktionsweise, Max Hirsch, zugestehet, daß in Plauen Kinder von sechs bis vierzehn Jahren verwendet werden. Diese Kinderarbeit und Kinderquälerei ist also nicht eine Erfindung der Sozialdemokraten, wie einige norddeutsche Blätter zur Abwechslung lärmlich behaupteten; sondern daß der langsame Kindermord besteht, wird sogar von einem Harmonieapostel constatirt. Daß die Eltern zu diesem langsamen Kindermord ihre Zustimmung geben, ist traurig, aber eine naturnothwendige Folge der heutigen Produktion. Wer die Wahl hat, zu verhungern oder seine Kinder schon mit sechs Jahren dem Moloch der modernen Industrie und Manufaktur in den Rachen zu werfen, der wird stets das Letztere thun, in der fast immer eillen Hoffnung, dem unerfährlichen Ungeheuer seine Opfer wieder entreißen zu können. Schon die Thatsache allein, daß die Menschen in solch unwürdige und barbarische Zwangslagen hinein getrieben werden können, beweist die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände. So lange Kinder von sechs Jahren ihren unreifen Körper hergeben müssen, um die Habsucht der Fabrikanten zu befriedigen und zugleich die Löhne ihrer Eltern herabzudrücken, so lange ist eben unsere ganze sogenannte „Cultur“ eine Asterkultur, so lange haben unsere herrschenden Klassen kein Recht, auf den Begriff „Civilisation“ Anspruch zu machen. Die „Civilisation“ Bonapartes, an deren Spitze seine Marschälle, seine Turcos und andere Excellenzen marschirten, war nicht schlimmer, als die „Civilisation“ der sächsischen Fabrikanten, deren Produktionsweise schon sechs-jährigen Kindern Blut, Kraft und Leben aus dem Leibe saugt. Davon freilich hat Max Hirsch kein Sterbenswörtchen gesagt!

— Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt man: „Nürnberg. Das hiesige Bezirksgericht hatte dieser Tage eine interessante Klage wegen Ehrenbeleidigung zu verhandeln. Ein Fabrikant, in dessen Etablissement eine Arbeitseinstellung erfolgt war, hatte einem der strittenden Arbeiter gegenüber sich des Ausdrucks „Aufwiegler“ bedient und den betreffenden Arbeiter auch in dem ihm ausgestellten Arbeitszeugnisse als „Aufwiegler“ bezeichnet. Von Seiten des Arbeiters wurde nun gegen den Fabrikanten Klage wegen Ehrenbeleidigung gestellt. Nachdem die Klage vom Stadtgericht abgewiesen worden war, erfolgte infolge eingelegter Beschwerden auch in 2. Instanz Abweisung. Der Gerichtshof ließ sich von der Ansicht leiten, daß die Ausdrücke „Aufwiegler“, „Aufreizler“ als ein Tadel, nicht als eine Beleidigung zu betrachten seien.“

Man wird gut thun, sich die Sache zu merken. Es treten ja oft Verhältnisse ein, wo es sich die Herren Fabrikanten Anferst angelegen sein lassen, ihre Mißhandlungen und Mißthaten gegen die Arbeiter „aufzuwiegeln“. Man wird dies dann wenigstens in Nürnberg offen aussprechen dürfen, ohne dem Strafgesetzbuch zu verfallen.

— In Wien ist Anfang dieses Jahres der Fachverein der Schneider auf Befehl des hochwürdigen Ministers des Innern, Schmerling, aufgelöst worden, weil er die Tendenz hatte, strittende Schneider zu unterstützen. Das Reichsgericht hat diese Auflösung rückgängig gemacht und zwar einzig aus juristischen Motiven, durchaus nicht, weil es in dem Uebergriff des Ministers von

Schmerling eine Verletzung der politischen und sozialen Rechte österreicher „Unterthanen“ erblickte. Wir können daher nicht in den Jubel mit einstimmen, der in verschiedenen Blättern erhoben wird, indem man die Aufhebung des Verbots des Fachvereins der Schneider als eine Verurteilung der österreichischen Polizeiwilkkur betrachtet. Die Entscheidung des Reichsgerichts hat nicht eine principielle, sondern nur eine formelle Bedeutung. Hätte der Minister Schmerling die Sache nicht so plump angefangen und einen weniger dummen und albernen Vorwand zum „moralischen“ Dedmantel für seine unmoralische Maßregel gebraucht, so hätte das Reichsgericht gewiß nichts einzuwenden gehabt. Hätte er z. B. den Fachverein der Schneider für „staatsgefährlich“ erklärt und das rothe Gespenst dazu in schreienden Farben an die Wand gemalt, so wäre das Reichsgericht ins Bodenhorn getroffen. Durch den Schein von Liberalismus, den sich die Vertreter und Aufrechterhalter der herrschenden Klassen zuweilen geben, möge sich Niemand irremachen lassen: die Interessen der Bourgeoisgesellschaft erfordern, daß jede Organisation der Arbeiter verhindert wird!

Die holländischen Cigarrenarbeiter striken fort. Die Wortbrüchigkeit der Fabrikanten hat sie zum hartnäckigsten Widerstand angefeuert. Von 1600 Arbeitern, die ausgesperrt wurden, weil sie sich nicht entschließen konnten, Wortbrüchigkeit, Gemeinheit und Habgier als „Humanität“ und „Ehrenhaftigkeit“ anzusehen, haben 600 die Arbeit wieder aufgenommen und zwar da, wo die Bedingungen, welche den Ausschluß veranlaßt, nicht gestellt wurden; gegen 100 haben sich andern Beschäftigungen zugewandt, Verschiedene tragen den „Kock des Königs“, 50 sind in England von dem dortigen Gewerkeverein der Cigarrenarbeiter untergebracht worden, ebenso sollen 50 in Deutschland Unterkunft finden. Die Uebrigen führen den Kampf gegen das Großkapital mit bewundernswürdiger Tapferkeit weiter. Die Unterstügungen sind reichlich geflossen; 18,000 Thlr. sind allein von den englischen Cigarrenarbeitern aufgebracht worden. Ueberall wird jetzt gesammelt, und wie wir aus dem „Votscaster“ ersehen, ist neuerdings der Antrag gestellt worden, 500 Thlr. aus den Mitteln des deutschen Cigarrenarbeiter-Verbandes für die Streikenden in Holland zu bewilligen. Der Kampf der holländischen Cigarrenarbeiter geriecht dem gesammten arbeitenden Volk zur Ehre; nicht nur zeugt die Ausdauer, mit welcher die Ausgeschlossenen alle Entbehrungen ertragen, von jenem Muth, den nur die Prinzipienarbeit erschöpfen kann; die werththätige Theilnahme der Gewerkegenossen der andern Länder ist ein eminenten Beweis, daß der Gedanke von der internationalen Zusammengehörigkeit des Proletariats in die Massen eingedrungen ist. Und dieser Gedanke wird das Proletariat zum Siege führen!

Die Galgenfrist des Jammerdings, genannt Französische Republik, ist wieder einmal auf unbestimmte Zeit verlängert worden und zwar charakteristischweise durch die Hofenherzigkeit des angestammten Monarchen, der als Mensch gerade ein solches Jammerding ist, wie die französische Republik als Staat. Er hat plötzlich die Entdeckung gemacht, daß „seine Person nichts, sein Prinzip Alles sei;“ daß sein Prinzip darin bestehe, jeden Pakt mit der Revolution, also jede Anerkennung der Volkshoheit, der dreifarbigen Fahne u. s. w. zurückzuweisen; und daß er heute (durch Anerkennung der Revolution) geschwächt, morgen ohnmächtig sein würde. Und so weiter. Aus der gottegnadlichen Kronpräntensprache in die gewöhnliche Sprache übersetzt, heißt das: „Ich möchte gern, aber es geht halt nicht! Das Schicksal Maximilians ist mir in meine Glieder gefahren; den Franzosen ist nicht zu trauen — nachdem sie seit der verfluchten Revolution zwei Könige davon gegagt haben, ohne denselben ein Haar zu krümmen, werden sie beim dritten wohl kaum so rücksichtslos sein; jedenfalls will ich's nicht darauf ankommen lassen. Lieber in Froschdorf frosch- artiges Sumpflieben führen, als in Paris auf die Guillotine steigen oder gar zum Laternenschmud dienen. Ich empfehle mich Ihnen, meine Herren!“ Der gute Mann hat Recht. Die bösen Französischen, welche bereits vor hundert Jahren den samosen Diderot'schen Vers trillerten:*)

„Et ma main ourdirait les entrailles du prêtre,
Au défaut de cordon pour étrangler les rois.“

(Und in Ermangelung von Stricken würde meine Hand die Gedärme der Pfaffen zusammendrehen, um die Könige damit zu erdroffeln) — die bösen Französischen, welche zu diesen bösen Versen im Jahre 1793 einen so bösen praktischen Kommentar lieferten, sind freilich ein sehr unzuverlässiges Material für das von den Versailler Royalisten ersehnte Pfaffenkönigthum; und das Froschdorfer Wunderkind Wunderkind, weil es bei seiner Geburt nicht mit natürlichen, oder mit zu natürlichen, jedenfalls nicht mit leigittimen Dingen zugegangen ist) hat unzweifelhaft einen Beweis von Weisheit abgelegt, indem es für die gefährliche Etre dankte, sich zu dem beabsichtigten experimentum in corpore vili**) herzugeben. Genuß — die „Fusion“ ist in's Wasser gefallen, die Konfusion dauert aber fort, und die Republik vegetirt weiter als Republik — von Chambord's Gnaden.

Dem englischen Revolutions-Humbag Bradlaugh (gleich anderen Revolutions-Humbags Schilling des „Neuen Sozial-Demokrat“) widmet die New-Yorker „Arbeiterzeitung“ (der Schwindler treibt sich nämlich seit einiger Zeit in Amerika herum, da er in England so ziemlich abgemirthschaftet hat) folgenden Steckbrief, dessen Inhalt wir nur bestätigen können:

„Es gereicht der Arbeiterklasse und besonders der Internationalen Arbeiter-Assoziation zur besonderen Ehre, daß dieser würdige Vertreter des bürgerlichen politischen Lumpenthums ein wüthender Feind derselben ist. Die Pariser Kommuneflüchtlinge in London haben diesen Herren gebührend dadurch gewürdigt, daß sie zu einer Zeit, wo sie selbst große Noth litten, den Erlös eines Vortrags, den derselbe zum Besten der Kommuneflüchtlinge hielt, zurückwiesen!

Dieser lumpige Oed, welcher im Solde des englischen Bourgeoisministeriums den Republikaner und gelegentlich auch den „Arbeiterfreund“ spielt, logirt gegenwärtig im 5. Ave. Hotel in New York, dem Hauptquartier der politischen Demimonde, der Börsenspieler, Hochstapler und whole-sale Spitzbuben*) aller Nationen. — Zum Gaudium für Gelichter seines Gleichen und zum Besten seines Geldbeutels wird er einige Vorstellungen in der Schwabkunst gegen gute Bezahlung in irgend einem modischen Lokal geben. Zur Charakteristik dieses politischen Vulkankleppers geben wir einige Stellen über seine letzte Thätigkeit in England aus einem Londoner Blatt:

„London, 18. Januar 1873. Die Konferenz von Republikanern am 1. und 2. Dezember war vom besten Erfolg gekrönt, trotz der Anstrengung von zwei oder drei Freunden des Herrn Bradlaugh, das Werk der Delegierten zu vereiteln — (Privatbriefe

wurden geschrieben, Postkarten wurden versandt, um die Klubs zu warnen, daß Unheil geschehen würde) — aber die Blätter berichteten über die Konferenz; die „Times“ widmete ihr eine ganze Spalte, Zeitungen von England, Irland und Frankreich brachten günstige Berichte. — Der einzige feindselig auftretende Klub war der „Hall of Science Club“ (Mr. Bradlaugh's Klub). — Nun zeigte sich Herr Bradlaugh in einer neuen Rolle, — er wurde Anführer der Regierung, er fand freundliche die Lage, daß die „Brüderschaft“ (brotherhood nennt sich die republikanische Partei Englands) eine „hochverrätherische“ Verschwörung sei, daß man mit der Anwendung von Gewalt gedroht (welches Verbrechen) u. s. w. — Jede Antwort auf diese Angriffe wurde von dem „Verteidiger der freien Meinungsäußerung“ („National Reformer“, Herr Bradlaugh's Blatt) zurückgewiesen.“

Am 11. Mai fand eine Konferenz von Anhängern der Bradlaugh'schen Fraktion der republikanischen Partei Englands in Birmingham statt, die an Laubbild und Zähigkeit Alles übertraf, was republikanische Bourgeois bis jetzt geleistet haben. Sie wollte nichts zu thun haben mit dem Republikanismus anderer Länder; sie konnte nur mit großer Mühe zur Anerkennung des unentgeltlichen Volksschulunterrichts gebracht werden; sie legt in der Republik die souveräne Macht (sovereign power) in die erwählten Deputirten; sie erklärt feierlich, „daß die Ziele der Liga ausschließlich (purly) durch „gesellige und moralische“ Mittel gefördert werden sollen“ u. und in einer darauf folgenden Volksversammlung erklärte einer der Redner öffentlich: „Wenn die Republik morgen zu haben wäre, würde er sie nicht annehmen.“

Die letzten Winter eingetretene Spaltung unter den englischen Republikanern beruht hauptsächlich darauf, daß Herr Bradlaugh und seine kleinbürgerlichen Anhänger jede Verührung der sozialen Frage ängstlich vermeiden, die Arbeiterbewegung ignorieren und „nur mit geselligen und moralischen Mitteln“ an's Ziel gelangen wollen.

In seinem ersten Vortrag über die republikanische Ordnung hat sich Herr Bradlaugh als politischer Abenteuerer und Handlanger der Bourgeoisie selbst entlarvt. — Der Gipfelpunkt seiner Rede war eine Lobhudelei auf den spanischen Thiers, Castelar, welcher im Begriff ist, seine Republik dem Schürzen-Marschall Serrano u. Co. anzuliefern.

Dies sind die Ideale, in deren Fußstapfen dieser große Mann treten will. — Da ist die Versicherung, daß seine Bewegung nichts mit Communismus und der Internationalen zu thun hat, überflüssig!

Vor solchen Freunden werden sich die englischen Arbeiter schon zu bewahren wissen!

Herr Bradlaugh hat in seiner Vorlesung über Irland die Unterjochung und Verraubung des irischen Volkes durch England zwar verdammt, kann sich aber dennoch nicht entschließen, die Trennung von England, das heißt die Befreiung Irlands, das Selbstbestimmungs-Recht des irischen Volkes anzuerkennen. Und der läßt sich Republikaner schimpfen! Herr Bradlaugh hat an einem irischen Arbeiter, unsern Parteigenossen Blissett, einen Gegner gefunden, über dessen Auftreten ein englisches Blatt also berichtet: „Ein junger irischer Schneider sprach mit vielem gesunden Verstand und Gefühl und fand vielen Beifall“ u. s. w.“

Da wir gerade bei Schülgen des „Neuen“ sind, so sei hier erwähnt, daß dieses musterhaft redigirte Blatt in einer seiner letzten Nummern die Lebensbeschreibungen der Herren Dyer, Arch und Prior bringt, und dabei die drei genannten als Parteigenossen, als Vertreter des sozialistischen englischen Proletariats vorführt. Von Dyer mag dies allenfalls gelten; allein die reaktionären und bornirten Gewerkevereiner Arch und Prior (betr. des Ersteren haben wir neulich Thatsachen veröffentlicht, die auch an seiner Ehrlichkeit zweifeln lassen) für Sozialdemokraten anzugeben, verräth eine solch bodenlose Unwissenheit, daß wir wirklich annehmen müssen, die Herren Hasselmann und Hasenfeder lesen nicht nur kein Englisches Blatt — was bei ihrer Unkenntniß der englischen Sprache einigermaßen zu entschuldigen wäre —, sondern auch keine Berichte deutscher Zeitungen über England. Sogar aus dem „Gewerkeverein“ des Herrn Max Hirsch könnten die Herren in dieser Beziehung etwas lernen. Den Lesern des „Neuen“, die auch den „Volkstaat“ lesen, sei hiermit gesagt, daß die Herren Arch und Prior genau auf dem Standpunkt des Berliner „Gewerkevereins“ stehen, und gerade so gute Sozialdemokraten sind, wie die Herren Landgraf, Polle und sonstige Adjutanten des Herrn Dr. Max Hirsch. Obendrein — das müssen wir noch bemerken — sind die betreff. Lebensbeschreibungen aus der Meyer'schen „Revue“ abgeschrieben, ohne die der „Neue“ überhaupt nicht existieren könnte. Der „Neue“ sagt zwar, er habe die Biographien „berichtigt“ — das ist jedoch Wind. Uns liegen diese Biographien, sammt denen der meisten übrigen englischen Gewerkevereinsführer im Original des „Beehive“ vor, der auch nicht verläumt hat, die Portraits seiner Helden beizufügen. Was der „Beehive“ ist, wird der „Neue“ doch wohl wissen — der englische „Gewerkeverein“. Wünscht der „Neue“, um sich mit eigenen Augen von dem Vord zu überzeugen, den er geschossen hat, unser Exemplar des „Beehive“ zur Einsicht, so steht es ihm zur Verfügung. —

Wir sind es der Brüsseler „Internationale“ schuldig, mitzutheilen, daß sie in ihrer letzten Nummer (vom 2. d.) keine Korrespondenz des Plonplon-schwärmenden Herrn Durand, dagegen einen Brief des in Genf lebenden Kommuneflüchtlings Claris bringt, worin dieser auf's Nachdrücklichste jenen sauberen Patron abfertigt. Wir sind sonst nicht mit Claris einverstanden, der stark in Bakunismus gemacht hat und noch macht, also, wie besagter Durand gleich Richard und Blanc nur als konsequenter Bakunist handelt, allein wir müssen es doch anerkennen, daß er vor den Konsequenzen seiner Doktrin erschrickt und an der Pforte des Berraths und der Infamie umkehrt. Von der „Internationale“ aber hoffen wir, daß sie sich in Zukunft den Herrn Durand und ähnlichen Gelichter vom Leib halten wird. Dem Claris'schen Brief entnehmen wir nachstehende Stelle: „Nicht nur als französischer Bürger, sondern auch als Sozialist und Mitglied der (Bakunistische Fälschung) Internationalen Arbeiterassoziation, muß ich gegen die von Ihrem Korrespondenten gepredigte Idee protestieren. — Wenn dieselbe sich verwirklichte, so würde ihr Triumph uns zu dem schwachvollsten der Compromisse führen. Dem „Avenir National“ und dessen Redakteur, der uns unter der Kommune den Koth ins Gesicht warf, steht es frei, für eine exzentrische (auffallende) Idee die große Trommel zu rühren; aber daß Sozialisten, daß Mitglieder unserer Assoziation in einen Pakt mit den Heilen des Volks willigen sollten, in einen Pakt mit denjenigen, die 20 Jahre lang auf dem Körper des mißhandelten Frankreichs herumgetrampelt, — die für den Nothschrei der Arbeiter von Rubin und Ricamarie nur Chasspotzungen als Antwort gehabt haben — das ist in der That unbegreiflich. Nein, das französische Proletariat kann nicht in die „Rationale Eigne“ des Herrn Portalis eintreten! Nein, die Brüder der Erschossenen vom Juni 1848 und vom Mai 1871 dürfen, können nicht ein Bündniß eingehen mit Plonplon

und anderen „Freunden der Revolution“ des gleichen Schlages! Und ist das Proletariat denn so schwach, so ohnmächtig, daß es seine Sache nicht selber, nicht allein verstehen könnte, daß es zu einer so jammervollen Allianz genöthigt wäre? Und zugegeben, daß es in diesem Augenblick machtlos ist, glaubt man, daß die Bonapartisten und andere Afferrevolutionäre an seiner Befreiung arbeiten würden? Die Männer des Kaiserreichs haben uns durch die That bewiesen, was sie unter „Revolution“ verstehen. Heute ein Handstreich gegen die Monarchie, morgen ein Staatsstreich gegen die Republik und übermorgen? Frankreich in Blut gebadet, die Arbeiter niedergemetzelt, das ganze Land in Schmutz gewälzt, die Corruption zum System erhoben — Ruin, Sklaverei, Schande! — Soweit der Auszug. Nun, „Ruin, Sklaverei und Schande“ sind nicht Dinge von „übermorgen“; wir möchten, sie wären schon sehr von „heute“. Doch darum wollen wir mit dem Brieffschreiber nicht rechten.

— Zu dem freisprechenden Erkenntniß in dem Prozesse Sonnemann haben wir noch zu bemerken:

Daß das Gericht ausdrücklich zugeben muß, „der Thatbestand einer erdichteten oder entstellten Thatsache hier nicht zu befinden“, ist von einer zermalnenden Wucht; Alles, was in dem Artikel steht, das ganze gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gerichtete Anklagematerial ist damit für richtig, für thatsächlich begründet erklärt. Was die Frage, in wessen Auftrag der „Allgemeine Deutsche“ resp. dessen Leiter die Krawalle in Scene gesetzt habe, ist durch das Erkenntniß offen gelassen. Nun — wir werden zur Verantwortung dieser Frage beitragen. Höchst sonderbar ist die Argumentation des Erkenntnisses, die preussische Regierung scheine deshalb nicht gemeint zu sein, weil in dem incriminirten Artikel der Mannheimer Bierkrawall mit dem Frankfurter auf eine Linie gestellt worden und Mannheim doch nicht unter der Botmäßigkeit der preussischen Regierung sei. Als ob die preussische Regierung auf das übrige Deutschland keinen Einfluß ausüben könne, und als ob der Allgemeine deutsche Arbeiterverein nicht in Berlin seinen „Sitz“ habe und von dort aus dirigirt werde! Und als ob die Mannheimer Untersozialdemagogen nicht eben so gut wie andere dressirt wären!

Im ersten Braunschweiger Wahlbezirk, wo Parteigenosse Brade als Reichstagskandidat aufgestellt ist, wird die Agitation auf's schwinghafteste bereits betrieben. Unsere Braunschweiger Parteigenossen, Brade voran, haben schon eine ganze Reihe von Versammlungen abgehalten und mit solchem Erfolg, daß die Wahl Brade's schon jetzt als gesichert erscheint. Es thut noth, daß unsere Parteigenossen sich hieran ein Muster nehmen und sich tüchtig zu rühren anfangen. Von selbst fallen uns die Siege nicht in den Schooß und die Agitation bis auf die letzten Wochen vor der Wahl zu verschieben, ist falsch; da können die Bezirke unter dem Andrang der Arbeit und der Ueberanstrengung aller Kräfte nicht mehr genügend bearbeitet werden. In allen Versammlungen muß zum Abonnement auf den „Volkstaat“ aufgefördert und an Orten, wo noch keine Mitgliedschaften bestehen, zur Gründung derselben verfahren werden.

Am 1. November ist auf Hubertusburg ein neuer Insasse eingetroffen, Zimmerpolster Braunschweig aus Leipzig, der es einer patriotischen Denunziation des Schneidermeisters Rosenthal in der Sternwartenstraße zu verdanken hat, daß er wegen Majestätsbeleidigung zu einem Monat Festungshaft verurtheilt wurde.

Genosse Pichl in Kopenhagen, s. Z. als Delegirter auf dem Congreß der internationalen Arbeiter-Assoziation im Haag anwesend, ist wegen eines Aufruhrs im „Socialisten“ und unter Bezugnahme auf den Paragraphen des Strafgesetzbuches, betreffend Drohungen gegen den König, verhaftet worden. Diese Gewaltmaßregel dürfte den dänischen Arbeitern wohl am besten zeigen, wie es mit dem „Rechtsgefühl“ des Königs steht, an welches sie appellirt haben, um „Gnade“ für die verurtheilten Hochverräther zu erlangen. Sie werden einsehen, daß Monarchie und Sozialismus unvereinbare Gegensätze sind.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!
Wir theilen mit, daß zu Bayreuth sich eine Mitgliedschaft gebildet hat. Vertrauensmann ist Tischler Carl Wendel.
Nachstehende, neu angemeldete Vertrauensmänner sind bestätigt worden:
Barmen: Heinr. Langendorf. Konstanz: D. Rosenhain. Froberg: Robert Kästner. Gelsenau: F. A. Reuter. Röhrendorf: F. A. Möbert. Reudorf: Heinr. Alleben. Reustadt a. d. D.: F. L. Helmrich. Niederplanig: D. Hoch. Röhlig: Herm. Gausche. Witten: F. Tottleben.
Die Parteigenossen machen wir darauf aufmerksam, daß die Ausschüßungen regelmäßig jeden Donnerstag Abend stattfinden. Nur in dringlichen Fällen werden zwei Sitzungen wöchentlich abgehalten. Wir bitten, dies zu beachten und wichtige Mittheilungen möglichst im Laufe jeder Woche bis Donnerstag an uns gelangen zu lassen.
Hamburg, 3. Novbr. 1873. Mit Gruß!
Der Ausschüß:
J. A.: H. Benncke. Aug. Weib, Rödingermarkt 12.

Gewerkschaften.

Gewerkschaft der Schuhmacher.
Erfurt. Bei der in letzter Generalversammlung stattgefundenen Vorstandswahl wurden gewählt: Zum Bevollmächtigten: August Wenige, Engengasse 5; zum Stellvertreter: Friedrich Burkart; Hauptkassirer: Wäder; Beisitzer sind Möller und Heine-mann; Krankentassen-Revisoren sind Erler und Scheidl. Als Schriftführer fungirt G. Söge, Augustinerstraße 14.
Gotha. Abrechnung. Kassenbestand vom Monat September 186 Thlr. 7 Gr. Einnahme: Würzburg 16 Gr. für Protokolle. Mannheim desgleichen 1 Thlr. Königsee desgleichen 22 Gr. 7 Pf. Eßlingen desgleichen 4 Gr. Gotha 1 Thlr. 28 Gr. 5 Pf. Sawendorf 1 Thlr. 18 Gr. Mühlhausen 3 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. Wolfenbüttel 1 Thlr. 19 Gr. Ludwigshafen 10 Gr. Mannheim 20 Gr. (Bitten von Mannheim und Ludwigshafen das Ein-

*) Der Gedanke ist später vielfach variiert worden; in obiger und, wie wir glauben, erster Fassung ist er von dem berühmten Philosophen Diderot.

**) Versuch an einem verächtlichen Leibe.
*) Spitzbuben en gros, im Großen, die man gewöhnlich laufen läßt, indessen die kleinen Spitzbuben angehangen werden.

(Schreibgeld einzufenden.) Konstanz 1 Thlr. 11 Gr. Würzburg 3 Thlr. 15 Gr. 5 Pf. Chemnitz 3 Thlr. Weimar 2 Thlr. 10 Gr. Braunschweig 9 Thlr. 22 Gr. 5 Pf. Dresden 7 Thlr. 26 Gr. 5 Pf. Nürnberg 7 Thlr. 9 Gr. 5 Pf. Regensburg 5 Thlr. Summa der Einnahme mit Kassenbestand 218 Thlr. 10 Gr. 7 Pf. Ausgabe: 35 Thlr. an die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig für Druck der Statuten. 2 Thlr. für Agitation. 10 Thlr. Gehalt für den Vorsitzenden. 2 Thlr. 14 Gr. 6 Pf. Verlag für Porto u. 5 Gr. 6 Pf. Porto für Geldsendungen des Kassiers. Summa 49 Thlr. 20 Gr.

Bilanz: Einnahme 218 Thlr. 10 Gr. 7 Pf.
Ausgabe 49 " 20 " — "

bleibt Bestand 168 Thlr. 20 Gr. 7 Pf.

Der Bevollmächtigte in Apolda heißt nicht Küpper, sondern Kähler. Für die Verwaltung:
W. Bod.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Nürnberg, 2. November. Mit Staunen und Bewunderung haben wir in Nr. 104 des „Volkstaat“ die Ausführungen der Braunschweiger Mitglieder in Betreff des Krankenlaffen-Statuts gelesen. Die von Braunschweig aus gestellten Abänderungsvorschläge sind geeignet den ganzen Krankenunterstützungs-Bund illusorisch zu machen. Doch wollen wir ohne weitere Umschweife auf die einzelnen Punkte näher eingehen. In § 1 soll das Wort „unverschuldeten“ wegfallen. Dies können wir unter keinen Umständen billigen. Der Krankenunterstützungs-Bund soll dazu geschaffen werden, um wirklich Kranken hilfsreich zur Seite stehen zu können. Sobald aber das Wort „unverschuldeten“ wegfällt, ist dem Schwindel Thür und Thor geöffnet. Wer mit dem Krankenlaffenwesen einigermaßen vertraut ist, weiß, welche Ansprüche gemacht werden; und nun besonders bei unserem Geschäft ist es ja so leicht und so nahe liegend, krank zu werden, insbesondere wenn die „stille“ Zeit eintritt, und ein ziemlich hohes Krankengeld gezahlt wird, so daß wir bald mehr Kranke als Gesunde haben würden! Oder glauben vielleicht unsere Braunschweiger Kollegen, daß es keine derartigen Arbeiter gibt, die sich schnell eine geringfügige Krankheit zuziehen würden, bei der sie in aller Gemüthsruhe 3 bis 4 Wochen, womöglich noch länger zubringen, das Krankengeld einstecken und die gute Zeit abwarten könnten? Wir wissen aus Erfahrung, daß es derartige Elemente gibt; und wir müssen uns im Voraus dagegen verwahren, daß man einem Jeden, der sich durch grobes Leichtsin oder Püderlichkeit eine Krankheit zuzieht, das Krankengeld an den Kopf wirft.

Der zu § 2 gestellte Abänderungsvorschlag kann ebenfalls nicht gut gehen; die von anderen Krankenvereinen gesammelten statistischen Notizen genügen, um uns nachzuweisen, daß solche Mitglieder, welche erst mit 50 oder noch mehr Jahren aufgenommen werden, der Kasse am meisten zur Last fallen. Die zu § 3 und 4 gestellten Abänderungsvorschläge würden jedoch, wenn angenommen, dem Krankenunterstützungs-Bund vollends den Boden unter den Füßen wegziehen. Es soll hiernach 1) das Einschreibegeld von 5 Sgr. wegfallen, und 2) die Krankenunterstützung sofort ausgezahlt werden. Als Motto wird geltend gemacht, daß ja jedes Mitglied schon von vornherein Genossenschaftsmitglied sein müßte, und es deshalb unthunlich sei, Einschreibegeld zu erheben. Bis jetzt ist uns keine ähnliche Vereinigung bekannt, wo die Aufnahme gratis ist, wo soll denn das Geld herkommen zu Verwaltungsgehältern, Stempeln, Briefporto und sonstigen diversen Ausgaben? Von den wöchentlichen Einlagen? Das ist eine reine Unmöglichkeit, wir würden nie einen Grundstock, einen Reservefond zu Stande bringen, wenn so gewirtschaftet würde. Und nun vollends das Krankengeld sofort ausbezahlen, sobald ein Mitglied pünktlich seine Einlagen entrichtet hat! Haben denn unsere Braunschweiger Kollegen nicht gerechnet? Nach den Vorschlägen im Statut würden bei 500 Mitgliedern und bei einer Steuer von 1 Gr. 6 Pf. wöchentlich pro Kopf pro Woche 25 Thlr. eingehen; sobald nun 5 1/2 Prozent erkranken würden, so geht schon die ganze Einnahme auf; wie nun, wenn 2-3 Prozent krank würden, oder noch mehr und das könnte uns gleich die erste Woche passieren, dann wären wir schon bei der Gründung bankrott. Das wäre noch mehr als Quisquidisch. Doch wollen wir noch einen anderen Fall in das Auge fassen. Es würde sich jemand, der circa 4 Monate bei der Genossenschaft ist, in den Krankenunterstützungs-Bund aufnehmen lassen, weil er den Krankheitskeim schon in sich fühlte, nach Verlauf von 4 Wochen würde dieses Mitglied krank, die Krankheit könnte 20, 24 oder auch 26 Wochen dauern, so beläme dann das Mitglied 90 bis 100 Thlr. für 6 Sgr. Einlage, und wer zwingt dann dasselbe, bei dem „Bund“ zu bleiben, es könnte sich nach der Genesung streichen lassen, und wir hätten das Nachsehen. Es ist sogar im Gegenjag von der hiesigen Mitgliedschaft beschlossen worden, die wöchentlichen Beiträge auf 2 Sgr. zu erhöhen, das Krankengeld jedoch nach Verlauf von 13 Wochen zur Hälfte, nach Verlauf von 26 Wochen erst voll zu gewähren. Wollen wir eine Krankenkasse, die Bestand haben soll, so muß eine solide, dauerhafte Grundlage geschaffen werden, und diese Grundlage wird nur beschafft, wenn die Vorschläge der hiesigen Mitgliedschaft angenommen werden.

Mag man uns nun für zu ängstlich, oder für reaktionär halten, wir wissen, daß es bei anderer Einrichtung als der von uns vorgeschlagenen unmöglich ist, etwas Seedeckendes zu schaffen. Wir haben hier schon seit Jahren einen Kranken-Verein der Schneider, der bei 200 bis 250 Mitgliedern beständig 6-7 Kranke zu unterstützen hat, und wie hier im Kleinen, so würde sich auch dasselbe Verhältnis bei uns im Großen ergeben. Hierbei wollen wir noch anführen, daß es hier am Ort Krankenlaffen gibt (wir müssen noch bemerken, daß es kaum eine zweite Stadt gibt, in der das Krankenlaffenwesen so ausgedehnt und vervollkommt ist als hier) wo die Mitglieder das erste viertel Jahr 4-4 1/2 Sgr., nach Verlauf desselben 2-2 1/2 Sgr. wöchentliche Einlagen zu entrichten haben, und erst nach einem Jahre einen Theil, nach Verlauf von 1 1/2 bis 2 1/2 Jahren, erst das volle Krankengeld, von 2 1/2 bis 3 1/2 Thlr. erhalten. Es ist also jedenfalls besser, im Anfang die Lüge etwas straffer anzuziehen, und dann, wenn der Erfolg ein günstiger, den Mitgliedern anderweitige Erleichterungen zu gewähren, als das ganze Unternehmen von vornherein in Frage stellen.

Bei § 5 wurde hier beschlossen, nicht 3 oder 2 Monate zu setzen, sondern nur 1 Monat; es ist dies lange genug. Wenn es Ernst ist mit der Kasse, der kann im Verlauf eines Monats seine Beiträge entrichten. Dem zu § 8 von Braunschweig gestellten Abänderungsvorschlag können wir nur beipflichten, und sind die Motive ganz praktischer Natur. Einzelne andere geringfügige Punkte, bei welchen hierorts eine Änderung beantragt wird, werden wir ja bei der Urabstimmung noch zu diskutiren haben. Beiläufig sei bemerkt, daß die Urabstimmung hier bereits erfolgt ist, und das Resultat an Wendt in Berlin eingeschickt wurde. Mögen sich die

Mitglieder das oben Gesagte genau überlegen und sich keinen Illusionen hingeben, denn die beste Reue kommt zu spät. In Betreff des Verbandsstatutes müssen wir bekannt geben, daß wir bis jetzt noch keinen Bescheid von der Behörde erhalten haben, mithin die Versendung zur Urabstimmung noch nicht erfolgen konnte. Sobald die Genehmigung erfolgt, werden wir alles nöthige sofort besorgen. Mit Gruß und Handschlag
J. Baumann.

Chemnitz, 3. Novbr. Berichtigung. In der Abrechnung pro 3. Quartal (s. „V.“ Nr. 104) ist bei der „Ausgabe“ der Betrag von 2 Thlr. für 200 Stück Abrechnungs-Formulare ganz weggelassen! Es muß also heißen: Für 200 Stück Abrechnungs-Formulare 2 Thlr., für Inserate in der „Ch. fr. Presse“, Ausschreibungen betreffend, vom 1. Januar an 1 Thlr. u. f. f. Ferner muß es weiter unten heißen: an G. Mittenberger in Gießen den 3. Theil der Delegationskosten zur Generalversammlung (nach Abzug des 4. Theiles der Lokalkasse an die Hauptkasse 1 Thlr. 10 Gr.) 3 Thlr. 3 Gr. 4 Pf., an denselben für verlegtes Geld, Mandat nach Lütich betreffend, 1 Thlr. 6 Gr., nicht wie in Nr. 104 d. Bl. zu lesen, 16 Gr. 10. Die Gesamtsumma der Ausgaben beläuft sich also auf 85 Thlr. 3 Gr. 7 Pf. Bleibt Kassenbestand Zweihundert neun und achtzig Thlr. 12 Gr. 5 Pf.

Weiter wurde bei der Abrechnung weggelassen, daß noch ein Bestand von 15 Thlr. 11 Gr. 5 Pf. von den Stader Striße-Geldern vorhanden ist; dieses zur gefälligen Notiznahme.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Herm. Wed. Bernsbachstraße Nr. 23, III.

Verband für Buchbinder.

Frankfurt a. M., 1. November. Da die Herren Prinzipale keine definitive Antwort abgegeben, vielmehr in mehreren Offizinen die dem Verbands angehörigen Kollegen entlassen haben, so haben wir heute die Arbeit niedergelegt. Kollegen, haltet den Zuzug fern. Unterstützungen sind zu senden an E. Klein, Meier's Buchbinderei, Triersche Gasse 4.

Für die Kommission: A. Müller.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Vorstehendes zum Abdruck zu bringen.

Allgemeiner Böttcher-(Küper)-Verein.

Berlin, 28. Oktober. Der Strife der Dresdener Mitgliedschaft ist beendet; öffentliche Abrechnung wird erfolgen. Gleichzeitig machen wir die Mitgliedschaften darauf aufmerksam, daß für Berlin ein unentgeltliches Arbeitsnachweis-Bureau, Landsbergerstraße Nr. 15 errichtet worden ist. Die reisenden Mitglieder, welche Reisegeld zu beanspruchen haben, wollen sich an den Bev. S. Segger, N. Frankfurterstraße Nr. 7, wenden. Außerdem eruchen wir die Bevollmächtigten um zahlreiche Verbreitung der Vereins-Organe, damit die Mitglieder klar werden, an welche Partei sie sich zur bevorstehenden Reichstagswahl zu halten haben. Für den Anschluß: A. Hinzl, Schriftführer.

Correspondenzen.

Leipzig. Bekanntlich hat die Berliner Correspondenz in der Beilage der Nr. 24 von diesem Jahre Herrn Max Hirsch Anlaß zu einer Klage wegen Beleidigung gegeben. Der Correspondent nannte Herrn Max Hirsch einen elenden Verläumder und Ehrabschneider, weil er in öffentlicher Versammlung gesagt, Bebel stehe mit den Welfen und Ultramontanen in Verbindung. Nun weiß jeder Mensch, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei das Patiren mit reaktionären Parteien grundsätzlich verwirft, und am allerwenigsten würde sie es dulden, daß eines ihrer hervorragendsten Mitglieder diesem Grundjag entgegenhandelte. Wir wollen es daher den Lesern des „Volkstaat“ überlassen zu beurtheilen, inwieweit der Berliner Correspondent Recht hatte, als er Herrn Max Hirsch einen elenden Verläumder und Ehrabschneider hieß. Hinzugefügt sei nur noch, daß Herr Max Hirsch in seiner Klagebeurkundung einer solchen Rede den Charakter einer Verläumdung absprach, da sie nichts Beleidigendes enthalte. Dieser Ausspruch ist charakteristisch für Max Hirsch und seine Partei und bestätigt nur, was wir stets gesagt: Fortschrittler, Nationalliberale, Conservervative, Ultramontane u. s. w. Alles ein reaktionärer Urbel. — Zur Ehrenrettung des Herrn Max Hirsch sei noch bemerkt, daß Seiffert, der Beklagte, mit 10 Thlr. Ordnungsstrafe belegt wurde, da er an Eidesstatt erhärtet, die Correspondenz gar nicht zu Gesicht bekommen zu haben.

Markranstädt, 3. November. Gestern Abend wurde hier im „Thüringer Hof“ eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Blos (Leipzig), zum zweiten Engelhardt (Markranstädt) gewählt. Nauert (Leipzig) referirte über den Reichstag und die Reichstagswahlen. An der Debatte theilnahmen sich der Vorsitzende und Stadelberg (Leipzig). Die Versammlung war vom besten Geiste erfüllt und nahm einstimmig Johann Jacoby als Kandidaten für den Reichstag an. Die Mittheilung, daß die Bourgeois von Markranstädt beabsichtigt hatten, die Leipziger zu prügeln, rief allgemeine Entrüstung unter den Arbeitern hervor. Die Bourgeois, die zahlreich in der Versammlung waren, wagten denn auch nicht zu entgegnen, sondern gaben nur durch Grunzen und Gebrumm ihre Anwesenheit kund. Es ist hier ein so guter Boden für die Arbeiterbewegung als man nur wünschen kann und wird in einer demnächst abzuhaltenden Volksversammlung auch eine Organisation geschaffen werden.

Greiz i. B. Am 26. Oktober hielten wir in der Turnhalle eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Hr. Franz aus Glauchau, Vorsitzender des Deutschen Weberbundes über den Deutschen Weberbund und die Innungen der Zukunft referirte. Die Theilnahme der eingeladenen Genossen aus Reichenbach, Dörlau und Reghshau erstreckte sich sehr; auch der Allg. deutsche Arbeiterverein, aus einigen zwanzig Mitgliedern bestehend, war erschienen. Der Vortrag des Herrn Franz wurde allseitig mit Beifall aufgenommen. Man glaubte, auf diesen Vortrag würde Niemand zu entgegnen haben, aber doch wagte es einer von den „Neuen“ mit Namen Kleehans, Hr. Franz entgegen zu treten. Natürlich hatten es die „Neuen“ nur darauf abgesehen, unsern Verein zu schädigen und die Versammlung aus der Ordnung zu bringen. Kleehans sprach von den Prinzipien Lassalle's, bezeichnete diese als die richtigen und sprach noch Vieles über den Allgem. deutschen Arbeiterverein, als wenn derselbe die Arbeiter ins ewige Glück führte.

Herr Franz ergriff hierauf wieder das Wort und erklärte, daß ihn die Tagesordnung hindere, sich auf Spezialdebatten einzulassen; sonst wollte er mit Herrn Kleehans schon fertig werden; wäre es eine Volksversammlung, so könnte man auch von Weiterem sprechen.

Da aber die hiesige Regierung nicht gestatte, Volksversammlungen abzuhalten, so müsse man nur vom gewerblichen Standpunkte ausgehen, um beisammen sein zu können. Kleehans ergriff nochmals das Wort; aber nach kurzem Sprechen trat er ab und ein gewisser Schneider trat für ihn ein. Diesem entzogenen Müller aus Reichenbach und Klamm in trefflicher Weise.

Zum Schluß wendete sich Herr Franz nochmals in gebieterischer Rede gegen die „Neuen“, so daß dieselben vor Wuth und Aerger unser Lokal verließen. Wir haben bis jetzt noch keinen Angriff auf diese Leute gemacht, da wir aber beständig gereizt werden und Versuche, uns auseinander zu treiben, nicht aufhören, so müssen wir nunmehr energisch auftreten und diese gemeinschädlichen Menschen zur Ruhe bringen. Uns auf Weiteres einzulassen und mehr ähnliche Fälle von diesen Leuten mitzutheilen, halten wir für überflüssig, indem der „Volkstaat“ schon oft genug solche Streiche mitgetheilt hat.

Der Weberverein. Herm. Hofmann, Vorsitzender.
Herm. Müller, Schriftf.

Neudorf, 3. November. Das Agitations-Comité, welches am 2. November hier neugewählt ist, besteht aus folgenden Parteigenossen: Friedrich Bayer, Vorsitzender, Franz Frommann, Kassirer und Gottlieb Röder, Schriftführer. Es wäre doch sehr wünschenswerth, daß sich alle im Herzogthum Anhalt und Regierungsbezirk Magdeburg wohnenden Parteigenossen dem Agitations-Comité anschließen und einen Beitrag von wöchentlich 6 Pf. an den Hauptkassirer Fr. Helmund, Schulzenplatz Nr. 2, 2 Tr., in Staßfurt abliefern. Mit Gruß
G. Röder.

Berlin. (Einiges über unsere Partei-Stellung sowie über die des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.) Nachdem die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins zur Ueberzeugung gekommen, daß die Sprengungsversuche an der Energie unserer Parteigenossen scheiterten, gaben sie dies Mandat auf. Sie konnten aber nicht unterlassen, uns hin und wieder einen Standa-macher aufzuhallen. Zum Beweise der Taktlosigkeit dieser Führer Einiges: Ein Färber, Namens Jesser, welcher sich in Süddeutschland durch sein rohes Auftreten in unseren Mitgliedschaften auszeichnete, kam diesen Sommer in eine unserer Versammlungen, schrie und tobte wie ein Rasender und forderte, da Hasselmann beleidigt sein sollte, die Arbeiter auf, das Lokal zu verlassen. Als er verlacht wurde, schrie er: so hört denn die Schmach mit an. Acht Tage später bat er wieder um Einlaß, setzte sich still in eine Ecke und wollte sich als Parteimitglied aufnehmen lassen. Er wurde natürlich tüchtig heimgeschickt. Dieser Mann war Delegirter in Frankfurt und stimmte gegen Vereinigung. — Anlässlich der Wahlen zum Landtage fand vor kurzem eine Wählerversammlung im Rathhause statt. In dieser ließen Kapell und Hasenkever sich als Kandidaten neben Krämer aufstellen. Kapell beantragte zur definitiven Feststellung der Kandidaten eine Volksversammlung einzuberufen. Nun hatte aber der Radikal-Reformverein eine allgemeine Urwählerversammlung einberufen aus dem Grunde, wie Krämer sagte, um Unparteiische heranzuziehen, denn in Volksversammlungen erscheinen nur Allgemeine Deutsche und Freunde dieser. In dieser Versammlung verlas nun Kapell den Protest Hasenkever's, in welchem dieser es ablehnt als Kandidat aufzutreten. Kapell schloß sich dem Protest an. Welche Ueberwindung mag den Leuten der Schritt gelostet haben, aber sie mochten wohl eingesehen haben, daß es so für ihre Pläne besser sei. Nach Verlesung dieses Protestes wurde die Versammlung geschlossen, da es keine Volksversammlung sei. — Klinkhardt, gegenwärtig beschäftigt im Redaktionsbureau des „Neuen“ und welcher diesen Sommer mit der Glode in der Hand, gefolgt von seinen Mannen, unsere Versammlung stürmte, kam letzten Sonntag mit mehreren seiner Parteigenossen ruhig in unsere Versammlung und theilnahmte diese Herren, bestimmt zur Freude aller unserer Mitglieder, in aller Ordnung an der Debatte. Klinkhardt meinte, er sei gekommen, um sich mit uns zu verständigen; der Sozialismus sei untheilbar, eine Partei könne nur im Rechte sein. Nun, er wird sich überzeugt haben, daß wir zur Verständigung noch immer die Hand reichen. Klinkhardt wurde eingeladen und versprach häufiger in unseren Versammlungen zu erscheinen. Ein großer Theil von Arbeitern gehört uns geistig an; Alles ist begeistert für Bebel, ob Ortsvereiner oder Radikalreformer, Alles spricht mit Achtung von ihm und mit Entrüstung über die Ablehnung dessen von Freilassung. Aber vom Sozialismus wollen sie nichts wissen, sie kennen eben nur den Käuttl Tödle. Unsere Aufgabe ist es, diese Leute aufzuklären. Auch Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ würden in bedeutender Zahl auf unserer Seite stehen, hörten sie unsere Prinzipien entwickeln. In den Volksversammlungen haben die Führer des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ eine besondere Force darin, auf verleumderische Weise unsere Partei anzugreifen, dann werden wir zur Verttheidigung aufgefördert und uns längere Redezeit bewilligt. Da Niemand auftritt, meinte ein Vorsitzender auf Königshöhe, er könne uns nicht bei den Haaren heranziehen. Uns fehlt es in Berlin an Agitatoren. Drei unserer besten haben uns während der letzten drei Monate verlassen; wir stehen fast entblößt da. Sollte es nicht möglich sein, auch uns durch einen Agitator zu unterstützen, es würde bestimmt mehr nützen wie immer Redner nach Mainz, Nürnberg, Chemnitz, Dresden u. zu senden. Berlin bearbeitet seine ganze Umgebung auf eigene Kosten, ohne Redner läßt sich aber nichts machen.
E. D.

Barmen. Unter „Handels- und Börsennachrichten“ stellt in der „Barmen Zeitung“ ein Bourgeois über die Möglichkeit einer Krise folgende Betrachtungen an:

„Adam Müller propheetigt im Octoberhefte der Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins das Herannahen einer Produktionskrise, eine Gefahr, die auch uns nicht gerade unwahrscheinlich dünkt und jedenfalls im Auge behalten werden will. Seit der Beendigung des deutsch-französischen Krieges, meint der vorsichtige Landwirth, hat sich die deutsche Industrie, gestützt durch das gehobene Ansehen und die errungene Macht des deutschen Reiches und angeregt durch die rascheren Handelsverbindungen mit überseeischen Ländern, großartig entwickelt. Neue Fabriken sind allerorten entstanden, ältere Anlagen allenthalben erweitert worden. Durch die Kriegsjahre, sowie durch das Darniederliegen der (freilich rasch wieder sich emporraffenden und oft leistungsfähig unterstützten) Industrie Frankreichs, waren die Vorräthe erschöpft und der Bedarf an Rohmaterialwaaren bedeutend gestiegen. Die Entwicklung der Industrie war auf steigenden Bedarf berechnet, die Nachfrage mußte aber flauer werden, sobald die erzeugenden Ursachen aufhörten zu wirken und der Bedarf für den Augenblick gedeckt war. Schon jetzt läßt man z. B. über mangelnden Absatz in der Eisenindustrie. Einzelne Fabriken haben bereits ihr Arbeitspersonal wesentlich vermindert und andere Einschränkungen des Betriebs werden als Folge der finanziellen Verlegenheiten nicht auf sich warten lassen; endlich stehen wir vor einem Jahre mit hohen Lebensmittelpreisen.“
Wie aus Obigem ersichtlich, hat der Bourgeoisrechtlich wohl

ein Verständnis für die gefährdeten Bourgeois-Interessen; der in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiters erwählt er dagegen nur so nebenher. Es ist auch nicht zu verlangen, daß ein Ausbeuter sich um den Ausbeuteten in anderer Weise bekümmere, als wie er noch mehr aus ihm herauspressen kann. Daß aber die Gesellschaft durch die Gewinnsucht eines kleinen Bruchtheils derselben nicht ewig in ihrer Existenz gefährdet werden kann, das scheint auch unserm Bourgeoistribunen einzuleuchten. Und in der That, es hängt nur von dem Verständnis, welches die Arbeiter für ihre Interessen haben und von dem Willen derselben ab, wie lange sie „unbedingten Gehorsam“ leisten wollen, um der Ausbeutererei das Handwerk zu legen.

Zielefeld. Unsere Stadt, das Eldorado eines vorzüglich in Finnen machenden Spießbürgerthums, erfreut sich auch außer dem leidigen Sozialismus noch eines Arbeiterbildungsvereins, welcher freilich unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda nur noch ein Schatten von dem ist, was er einst war.

Ein Häuflein unverbeßelter Spießbürger ist krampfhaft bemüht, die letzten Trümmer desselben vor dem alles zerlegenden Geiste der Sozialdemokratie zu schützen, aber mit welchem Erfolge ist daraus zu ersehen, daß es kürzlich einem emragten Sozialdemokraten gelang, mit 9 Stimmen in den Vorstand des Vereins gewählt zu werden.

Darob fürchtbares Einsehen der alten Spießer! Sie lieferten den alten Vorstandmitgliedern eine Schlacht und brachten es auch dahin, daß dieselben abtraten, um noch weit unsäglichere den Platz einzuräumen. Der nunmehrige Vorsitzende, der alte Korporal Knebel (er führt seinen Namen in der That und ist eifrig bestrebt, ihn zu Ehren zu bringen) hat sammt seinen Kampfgenossen geschworen, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Sozialist aus dem Verein ausgemerzt ist.

Die im Verein befindlichen Sozialisten sehen mit größter Seelenruhe dem verzweiflungsvollen Ringen des alten Korporals und seiner Kampfgenossen zu, sich an deren Rathlosigkeit ergötzen, welche schon die schönsten Böcke zur Welt gebracht hat. So machte neulich, als es sich darum handelte, welche Unterhaltung oder Belehrung dem Verein geboten werden sollte, ein altes Mitglied, der jetzt 2. Vorsitzende, den Vorschlag, man möge Spiele aufspielen. Aus dieser Verlegenheit sind die guten Leute nun vor 14 Tagen durch einen Lindwurm befreit. Derselbe ist Sprecher der Vereine für Volksbildung und hat in seinem sozialen Vortrage größeren Blödsinn zur Welt gebracht, als er schwer ist.

Die Sozialisten aber bleiben trotzdem im Verein und warten darauf bis das Pulver ausgegangen ist, und dann? — An Pulververschwendung fehlt es nicht, jedes misgliebige Wort, welches außerhalb des Vereins über dessen Leitung gesprochen wird, giebt Veranlassung zu schriftlichen Rückgehaltungen und wiederholt — zur Ausrüstung. — Tritt der gegenwärtige Vorstand nicht bald freiwillig ab, so ist der baldige Bankrott unvermeidlich — oder der Verein resp. dessen Leiter lenken in das Fahrwasser der Neuzeit!

Welch anderes Bild bietet dagegen der Arbeiterbildungsverein im benachbarten Brodbeck! Dort sind die Ideen der Neuzeit willkommen aufgenommen worden. Die Mitglieder gehören fast sämtlich dem Arbeiterstande an. Der Spießbürgerhochmuth, gestützt auf seine Dummheit, existirt dort nicht, und die meisten und intelligentesten Vereinsmitglieder sind schon seit Monaten unserer Partei beigetreten. An Lehrmitteln fehlt es auch nicht, und ein freier humaner Geist fördert den wahren Fortschritt mehr und mehr.

Lechhausen, 2. Nov. Die Anwesenheit unseres vor Kurzem aus der Haft entlassenen Parteigenossen Most in Augsburg wurde von uns benutzt, auch in Lechhausen unter die Arbeitermassen wieder einmal einen zündenden Funken zu werfen, und beriefen wir hierzu auf Sonntag, den 26. Oktober, eine Volksversammlung ein mit der Tagesordnung: „Der Sozialismus und seine Gegner.“

Parteigenosse Most hatte das Referat übernommen. In das Bureau wurden gewählt: Joh. Braun als erster, Alb. Lichtensberger als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer. Es wurde diese Tagesordnung vom Referenten Most in so klarer und verständlicher Weise erörtert, daß sogar Solche, welche unserer Sache immer entgegen waren, die Berechtigung unserer Forderungen, die Nothwendigkeit der Organisation und die Richtigkeit der Angriffe unserer Gegner einzusehen anfangen. Zum Schlusse erließ Redner noch eine Aufforderung an die Arbeiter Lechhausens, dem Arbeiterverein „Vorwärts“ beizutreten, mitzuwirken an dem Kulturkampfe und nicht gleichgiltig zuzuschauen, wie Andere all ihre Kräfte ansopfern für die Befreiung der Menschheit. — Nach Most sprachen noch die Parteigenossen Bogner, Braun und Unterzeichner in demselben Sinne; richteten dann noch einmal die Aufforderung an die hiesigen Arbeiter, dem Arbeiterverein „Vorwärts“ beizutreten, worauf sich auch elf Mann einzuschreiben ließen. Die Versammlung war gut besucht, wenn auch nicht im Verhältnis zu der hiesigen Arbeiterbevölkerung. Wenn man jedoch bedenkt, daß um dieselbe Zeit eine Versammlung des schwarzen Casino's stattfand, wo über die ungeheure wichtige Angelegenheit des Briefwechsels zwischen den beiden unerschließbaren gesprochen wurde, und weiter bedenkt, daß sich hier noch viele Arbeiter im Schlepptau dieser Sippe befinden, so können wir mit dem Resultat dieser Versammlung zufrieden sein.

Es ist nur zu bedauern, daß wir in unsern Hoffnungen, die wir auf das Wiederleben unsers Freundes Most setzten, getäuscht wurden, und möchten wir bei dieser Gelegenheit dem Ausschusse den dringenden Wunsch ans Herz legen, unsere Gegend nicht so stiefmütterlich zu behandeln und womöglich nach Augsburg eine agitatorische Kraft zu verlegen. Mit sozialdemokratischem Gruß Bal. Fink.

NB. Das „Fürther demokratische Wochenblatt“ wird ersucht, diesen Artikel ebenfalls aufzunehmen.

Berichtigung des Congress-Protokolls. Während meiner zweiten Anwesenheit in M. Gladbach am 11. und 12. Januar d. J. fuhr ich in Begleitung Saurens's sowie mehrerer anderer ehemaliger Mitglieder des Luffalle'schen Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Sonntag, den 12. Januar d. J., Vormittag 11 Uhr nach Biersen.

An demselben Tage fanden 2 Volksversammlungen statt. Die erste Nachmittags 3 Uhr in dem eine Stunde von Biersen entfernten Orte Süchteln, die zweite Abends in Biersen. Es wurde verabredet, daß ich in beiden auftreten sollte. In Süchteln referirte ich als erster Redner über das Parteiprogramm. Nachsichem erhielt Schuhmacher aus Köln das Wort über „die Arbeiterfrage“. Es war schon etwas sehr spät geworden als ich den Rückweg nach Biersen unter Sturm und Regen antrat. In Begleitung mehrerer Parteigenossen kam ich in Biersen zu Fuß an.

Die Versammlung, welche dort außerordentlich zahlreich besucht war, hatte schon längere Zeit getagt, und ein paar Pausen gemacht.

Fegers aus Biersen führte den Vorsitz. Auf der Tagesordnung

stand: „Die Bürgermeistereiwahl“ — kaum betrat ich, einem abgehenden Thiere gleich, außer Athem das Lokal, so rief Fegers: Scheiß aus Breslau hat das Wort. Ich hatte kaum Zeit mich einige Minuten zu erholen, so mußte ich, ohne der Etiquette Rechnung zu tragen, die Tribüne besteigen. — Informirt war ich von der Sache durch die Parteifreunde, und entledigte mich meiner Aufgabe vor dem versammelten Proletariats und Bürgern zur allgemeinen Zufriedenheit.

Nach dem Bericht des Protokolls erscheint es, als ob ich mich zum Wort gewendet hätte, dies ist nicht der Fall und beruht auf einer falschen Darstellungsweise. — Ob mein Erscheinen ungern gesehen worden, weiß ich nicht! Aber daß weiß ich, daß meine äußerliche Erscheinung wohl mit hundert Proletariats in der Versammlung identisch war; und unter den obwaltenden Verhältnissen bei schlechter Witterung mitten im Winter auch natürlich erscheinen mußte. Jeder Agitator, welcher sich schon in ähnlicher Lage befunden, wird dies bestätigen müssen. Mit sozialdemokratischem Gruß Julius Scheil.

Berichtigungen.

Auf Seite 3, Sp. 1 in Nr. 104 des „Volksstaat“ muß es heißen: gegenüber den Berliner Leitern des Allg. d. Arb.-B., nicht „hiesigen“ Leitern etc.
Am Schluß der politischen Uebersicht in Nr. 106 muß es statt „Hyäne“ Hydra des Kapitals heißen. —

Briefkasten

der Redaktion. E. J. in S.: Der Communistenprozeß fand im Jahre 1852 statt. Eine Schrift darüber hat Karl Marx herausgegeben. Uebrigens wird Jenen „Herr Boigt“ von Marx nach dieser Richtung bedeutende Anhaltspunkte geben. Stahl in Gethaim: Der Brief ist den Betreffenden mitgeteilt, eine Entscheidung indessen noch nicht getroffen. Sobald dies geschieht, erhalten Sie weitere Nachricht. E. in F.: Erhalten. Vielen Dank. Wird auch benutzt werden. M. S. in D.: „Lahrer Ztg.“ erhalten. Fiebner in Breslau: Brief demnachst in der bekannten Angelegenheit. S. in Regensburg: Ihr Schreiben ist der Vorortverwaltung in Braunshweig überandt.

der Expedition. Von Fachverein der Kleidermacher Brud. 4. Dn. Thlr. 1 4, Sie haben noch 8 Gr. zu entrichten, dann ist bis z. 31. Dez. Alles beglichen. Hr. Kny Wien Schrift. Thlr. 2 16 5, Kb. Gr. 25 5, 3. Begleichung Ihres Schrift. Contos sind noch Gr. 17.7 nöthig das Ab. ist bis 31. Dez. bez., D. Vdg Berlin Ann. Thlr. 1 18, Dgg. Siegburg Schrift. Thlr. 4, Dgfn Pörsend Schrift. Thlr. 1 8 8, Dr. Hgt hier 3. Da. Gr. 17 5, Schrift. 7 Gr., D. Stgr Keldumy Thlr. 1 12, Lmsn Mainz Schrift. Thlr. 7 1, Arb.-Partei Köln Ann. Thlr. 2 12, Fachver. 2. Schmeier das. Ann. Thlr. 1, D. Hdbomb Magdeburg Schrift. Thlr. 2 5, Wbhr hier Ab. Nos. Gr. 5 5, Htr Halle Schrift. 21 Gr., Kfgkn hier Schrift. Thlr. 1 6, Eht. Berlin Schrift. 8 Gr., Albt Bern Schrift. Gr. 28 5, Dnl Friedersdorf Schrift. 13 Gr., W. Ehm Rochly Schrift. Thlr. 1 6, St. Weideln Schrift. Thlr. 2 12, Schrift Neudorf d. Jwidan Schrift. Thlr. 2 14, Hrm hier Ab. Nos. Gr. 5 5, H. Ent Gera Schrift. 3 Thlr., D. Schr. Salsela 4. Dn. 8 Thlr., D. Dcm Breslau Schrift. Thlr. 14 29, Ann. 10 Gr., Stogl hier Schrift. 7 Gr., Lmann Landsbut Schrift. Gr. 3 4, May Sonneberg Schrift. 5 Gr., Schö Duffeldorf Schrift. Thlr. 1 10 5, A. Thal Wien Schrift. Gr. 10 6, Kstr hier Schrift. 3 Gr., Ht Smitgart Schrift. 12 Gr., Hst jun. hier Schrift. 4 Gr., Wlre Wlisen St. Wlgen Schrift. 3 Thlr., Lbr. Weiba Schrift. Thlr. 2 29 5, Stmr Fieberg Schrift. Thlr. 1 14 5, Kmann Nürnberg Schrift. Thlr. 1 12, A. Orman Lbbau Schrift. 10 Gr., C. Kuro Erbad Schrift. Thlr. 1 3, M. Vslr Marburg Schrift. Thlr. 1 10, B. Ghr. Großenhain Schrift. Thlr. 7 1 5, arb.-Verein Rhonberg Ann. 18 Gr., Niseriff Zürich d. Ab. kostet Gr. 27 5.

Anzeigen etc.

Berlin Manufakturarbeitergewerkschaft
Sonabend, den 8. November, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hausmann, Elisabethstr. 17. — Vortrag von Bruchmüller. Diebstahl.

Man für Mann hat zu erscheinen; jeder hat einen Gast mitzubringen und nicht erst um 10 Uhr. C. Ficker, Vertrauensmann.

Berlin Internationale Metallarbeitergewerkschaft.
Sonabend, den 8. November o., Abends halb 9 Uhr: Monatsversammlung bei Macke. — Kassen- und Revisionsbericht.

Krankenunterstützungsverein.
Beschlussefassung über Erhöhung der Krankenunterstützung.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Bevollmächtigte.

Berlin Sonntag, den 9. November Vormittags 10 Uhr:
Parteiversammlung
bei Gratzwell, oberer Saal, Commandantenstraße 77—79.

1) Die jetzige Geschäftskrise Anfang oder Ende? 2) Stellung der Kleinbürger zur sozialen Frage. Ref.: Baumann.
Freunde und Genossinnen sind willkommen.
Partegenossen feu auf dem Platze. Näheres die Plakate.
Willkür zum Arbeiterfest sind in allen Versammlungen zu haben. Der Vertrauensmann.

Breslau Soz.-dem. Arbeiterpartei.
Montag, den 10. d. M., Abends 8 Uhr:
Deffentliche Versammlung
in Haase's Tanzsalon „Zur Stadt Weh“, verlängerte Langestraße, gegenüber der Viehweidenlaserne. — L.D.: „Die Arbeiterbewegung und ihre Gegner“. Vortrag von G. Dehme.

Die Parteigenossen, namentlich die in der Nikolaisvorstadt wohnenden, werden aufgefordert, pünktlich und zahlreich am Platze zu sein und für zahlreiche Einführung von Gästen Sorge zu tragen.
Der Vertrauensmann.

Breslau Arbeiterverein Gesellschaft.
Sonntag, den 9. d. M., Abends von 6 Uhr ab:
Gesellige Zusammenkunft mit Damen
im Saale des Hotel's „Zur Nova“, Grünbaumstraße, 1 Treppe links.
Die Mitglieder werden um zahlreiche Theilnahme ersucht. Eingeführte Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Hamburg Soz.-dem. Arbeiterverein.
Montag, den 10. Nov., Abends 9 Uhr: Versammlung bei Hansch, Schauenburgerstr. 14. — Tagesordnung: Abrechnung. Die Wahlen. — Die Mitgliederkarten sind vorzuliegen.

Hamburg Montag, den 9. November, Abends halb 9 Uhr:
Versammlung der Stiepper und Vorrichter in Eberhahn's Cindlok, Zeughausmarkt 31.
Tagesordnung: Die Stellung des Kleingewerbes gegenüber dem Großbetrieb. Referent: Herr Kister.
Es ist notwendig, daß besonders die Bodenarbeiter in dieser Versammlung erscheinen. C. Köhler, Vorsitzender.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonabend, den 8. Nov. Abends 8 Uhr, Versammlung Windmühlstraße 7. — Sozialer Wochenbericht von Veier. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen nöthig. D. B.

Leipzig Gewerkschaft der Töpfer.
Dienstag, den 11. Nov., Abends 8 Uhr, bei Schäfer (früher Gög) Nikolaisstraße Nr. 61.
Tagesordnung: Wahl des Vorstandes und Gründung einer allgemeinen Krankenkasse. D. B.

Leipzig Donnerstag, den 6. Nov., Abends 8 Uhr:
Deffentliche Versammlung
sämmlicher hier bestehenden Gewerkschaften und Fagvereine in Feidlers Salon, Windmühlstraße 7. — L.D.: Der Schritte der Buchbindeer im das Verhalten des „Tageblatts“ in dieser Sache. Der hier abgehaltene Handwerkerstag.
Die Arbeiter Leipzigs sind eingeladen.
Die Gewerkschaftsvorstände.

Runzenau Sonntag den 9. November von Nachmittags 3 Uhr an:
Arbeiterfest

in der herrschaftlichen Schanzwirthschaft, verbunden mit Concert, Deklamation, Festrede und Ball, wozu wir alle Freunde und Parteigenossen einladen. Das Festcomité.
NB. Unser Vertrauensmann heißt nicht F. Stroude wie irrthümlich im „Volksstaat“ stand, sondern E. Streune.

Thonberg u. Umgegend Arbeiterverein.
Montag, den 10. Nov., Abends halb 9 Uhr bei Günther. — Vortrag. Fragekasten. Der Vorstand.

Freunden und Bekannten zeige ich hiermit an, daß meine geliebte Frau am 3. d. M. von einem gesunden, kräftigen Jungen glücklich entbunden wurde.
Abrecht Fink jr.

Sodern ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen.

Der Volksstaat-Kalender für 1874.

Inhalt: Kalendarium. Biographischer Kalender. Die Schlacht um den Birkenbaum. Eine Parabel von St. Simon. Roch Französische Arbeiter. Robert Owen, ein Charakterbild. Der Bauer von Kilsbachhausen; historische Erzählung von Robert Schweichel.

Preis pro Stück ohne Stempel 3 Ngr. 5 Pfg., Preis pro Stück mit Stempel 4 Ngr. Bei Abnahme von 12 Stück und darüber a 3 Ngr. exclusive Stempel.

Bei Baarzahlung außerhalb Sachsens 24 Stk. 2 Thlr. für Sachsen incl. Stempel 2 Thlr. 12 Gr.

An uns unbekannte Besteller wird nur nach vorheriger Einsegnung des Betrages in baar oder Reichsbriefmarken oder gegen Postvorschuß versandt.

Sodern ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:
Die

Chaten des deutschen Reichstages und der Landtage.

Nebst einem Anhange, enthaltend: 1) Winke für die Agitation, 2) die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Vereins- und Versammlungsgesetze, 3) des Reichswahlgesetzes, 4) der Reichswahlgesetz-Verordnung, 5) des deutschen Strafgesetzbuchs, 6) Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 7) Liste der bei „Gründungen“ hervorragenden betheiligten Reichstags- und Bundesrathsmmitglieder.
Preis pr. Stück 3 Sgr. (10 $\frac{1}{2}$ Kr. südd.), im Dupend pr. Stück 2 Sgr. 5 Pf. (9 Kr. südd.), gegen baar oder Postvorschuß im Dupend pr. Stück 2 Sgr. (7 Kr. südd.)

[4c] Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Die 10. Lieferung des Leipziger Hochverrathsprozesses.

Preis per Exemplar 2 Sgr. 5 Pf.
Da von den früheren verhandelten Lieferungen mehrfache Retour- nierungen stattfanden, so machen wir hiermit bekannt, daß von Dies. 10 nur an jene Besteller versandt wird, die ihren Bedarf und neuerdings bekannt geben, oder dies in den letzten 4 Wochen gethan haben.

[3c] Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Für Mainzer Protokolle

haben noch zu zahlen:
Altona, Bremen, Celle, Chemnitz, Darmstadt, Eisenach, Eitra-Essen, Forst, Fürth (Goeg), Geestendorf, Halberstadt, Mülsen (Wolf), Münden (Dricke und Stenmer), München, Neubielau Nürnberg (Seischab), Offenbach (Mäßig), Tübingen.

Die Vertrauensmänner vorliegender Orte werden daran erinnert, für möglichst sofortige Einsegnung der restanten Beträge zu sorgen. Die Höhe der einzelnen restanten Beträge ist aus der Abrechnung über die Rechnungsperiode vom 1. Septbr. 1873 bis 31. März 1874 zu ersehen.

Der Parteikassirer:
H. Benneke, Hamburg, Kleiner Schüßelkamp 34.

Neu angekommen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

Am Webstuhl der Zeit.
Lieferung 10 und 11
Preis pro Lieferung 2 Groschen.

Marx, Kapital,
Lieferung 2 und 3

wird rückgelauft von der [w3b] Buchhandlung des „Volksstaat“, Leipzig, Zeigerstr. 44.

Zur allgemeinen Kenntniß

bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript einen Tag vorher also Montag, Mittwoch oder Freitag mit der letzten Vormittagspost (11 Uhr) in unseren Händen ist.
Inserate bitten wir an uns zu adressiren.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Die Filialexpeditionen

werden ersucht die übrigen Exemplare von Nr. 81 und 86 des „Volksstaat“ 1873 an uns einzusenden.

Zugleich werden die säumigen Filialexpeditionen auf ihre Zahlungspflicht erinnert.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Secretar. Redacteur: Casper. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.